

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Dresden
Stadtparteitag Samstag, 05. Juni 2021

BESCHLUSS: Kein sechs- bis achtpuriger Ausbau der A4 in Dresden - für eine nachhaltige Mobilität

Beschluss:

Der Kreisverband von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Dresden fordert den Stopp der Ausbaupläne für den sechs- bis achtpurigen Ausbau der A4 auf dem Dresdner Stadtgebiet, sowie auf der gesamten Strecke von Nossen bis Bautzen und weiter bis zur Landesgrenze.

Die für den Autobahnausbau nötigen ca. 3 Mrd. € müssen stattdessen in eine klimagerechte Mobilität investiert werden.

Wir fordern die Verlagerung von Gütern auf die Schiene durch Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität und Wirtschaftlichkeit des Schienengüterverkehrs und den massiven Aufbau und die Förderung von attraktiven Railports.

Der Elektrifizierung der Bahnstrecke nach Görlitz und Kamenz, sowie deren Ausbau auf bis zu 160 km/h, müssen beschleunigt vorangetrieben werden. Mit schnellen und gut getakteten Zugverbindungen kann den Pendler*innen aus der Lausitz eine attraktivere Alternative zum Auto geboten und die A4 entlastet werden. Zur Flächenerschließung ist darüber hinaus die Reaktivierung von Bahnstrecken in Ostsachsen zu prüfen.

Wir Bündnisgrünen setzen uns für nachhaltige Mobilität ein, die unsere Erde auch für die nachfolgenden Generationen lebenswert erhält.

Wir kämpfen bei der Bundestagswahl für eine andere Verkehrspolitik und für eine neue Regierung unter unserer Führung, die alle Straßenverkehrsprojekte noch einmal auf den Prüfstand stellt und schienengebundene Alternativen bevorzugt.

Begründung:

Warum ist die Autobahn so stark ausgelastet?

Der Ausbau der Bahnstrecken in Sachsen wird seit Jahren vernachlässigt. Rückbau statt Ausbau war lange Zeit in Sachsen Realität. Ein Beispiel: Während Polen bereits vor Jahren die Strecke von Wroclaw / Breslau bis Görlitz elektrifizierte, findet die Weiterfahrt von Görlitz nach Dresden immer noch mit lärmenden Dieselloks statt.

Die Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene wurde immer versprochen, aber nie umgesetzt. Umladestationen für Unternehmen („Railports“) wurden weder gesucht noch gebaut. Mit steigendem innereuropäischen Warenverkehr nimmt deshalb die Anzahl an LKW auf den Autobahnen in Sachsen stetig zu. Die Bundesverkehrsminister der CSU waren immer bemüht, externe Kosten vom Straßengüterverkehr fernzuhalten und so den unfairen Wettbewerbsvorteil gegenüber der Schiene zu erhalten. Es bedarf daher eines sächsischen (bzw. möglichst europäischen) Konzeptes und Förderprogramms für den Schienengüterverkehr, welches geeignete Standorte für Railports ausweist und fördert. Dabei sollten sowohl Polen und Tschechien als auch die Anrainerbundesländer einbezogen werden.

Welche Strategie verfolgen Bund und Freistaat aktuell?

Im Freistaat Sachsen wurde festgestellt, dass die Autobahnen regelmäßig überfüllt sind, es zu Staus und Unfällen kommt. Dementsprechend wurde auf Antrag der vorherigen CDU/SPD-

Landesregierung dem Projekt ohne Befassung im Bundestag durch das BMVI Planungsrecht erteilt. Die Bündnisgrünen in Sachsen haben sich im Rahmen der Koalitionsverhandlungen 2019 dafür eingesetzt, dass die Alternative „Schiene“ klar benannt wurde: „Wichtig ist für uns die Verlagerung von Gütern auf die Schiene, um die Kapazitäten der überlasteten Autobahnabschnitte zu erhöhen.“

Welche Folgen hätte der Ausbau der Autobahn?

Wie seit langem bekannt, wird der Ausbau der Autobahn neuen Verkehr induzieren. Prof. Udo Becker, Verkehrsökologe an der TU Dresden, weist in Interviews stets darauf hin, dass Ausbau der falsche Weg sei, um einen Verkehrskollaps zu verhindern. Statt Ausbau sei ein Masterplan für alternative Mobilität nötig.

Anschaulich zeigt dies die Interstate 405 in den USA. Sie wurde mit 12 Spuren ausgebaut und hat unverändert Stauprobleme.

Auch wir Bündnisgrünen in Dresden sehen in einem Ausbau der Autobahn keine Lösung des Verkehrsproblems. Es entsteht neuer und mehr Verkehr, mehr Emissionen, mehr Lärm, die Kosten für durch Lärm ausgelöste Krankheiten werden steigen, die Lebensqualität überall in der Umgebung der Autobahn wird weiter sinken. Für die zusätzlichen Fahrspuren müssten Brücken in sensiblen Bereichen wie der Elbe abgerissen und neu gebaut werden und es würden weitere wertvolle Naturflächen in unserer Stadt Dresden unwiederbringlich vernichtet.

Die Ausbaupläne bedeuten eine Missachtung des Pariser Klimaschutzabkommens, der darauf aufbauenden deutschen CO₂-Emissionsziele und der dafür notwendigen Verkehrswende. Wir Bündnisgrünen wollen die Erde auch für die nachfolgenden Generationen erhalten und fordern deshalb die Einhaltung des 1,5 Grad Ziels. Im Verkehrsbereich wurde bisher kein Beitrag zur Reduzierung der CO₂-Emissionen geleistet (Ausnahme vorübergehend wegen Corona). Im Jahr 1990 lag der CO₂ Ausstoß im Verkehr bei 165 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalenten, im Jahr 2019 bei 166 Mio. Tonnen.

Die Verkehrswende ist daher ein zwingend notwendiger Baustein für das Erreichen der Pariser Klimaschutzziele in Deutschland. Der Ausbau der Autobahn ist kontraproduktiv. Der aktuelle Bundesverkehrswegeplan ist völlig aus der Zeit gefallen und muss grundlegend überprüft und neu ausgerichtet werden.

Die Kosten für den Ausbau der Autobahn werden bei ca. 3 Mrd. Euro liegen. Dazu kommen die Kosten für den Unterhalt, die durch den Ausbau steigen und für andere Investitionen nicht mehr zur Verfügung stehen werden.